

Das Asylsystem belastet den Kanton stark

Der Zürcher Sicherheitsdirektor wirft den Bundesbehörden vor, dass sie sich aus der Verantwortung stehlen würden



Mario Fehrs Kanton muss am meisten Flüchtlinge aufnehmen. Der Sicherheitsdirektor ist nicht erfreut über die Pläne auf nationaler Ebene.

MICHAEL BÜHNER / KEYSTONE

ZENO GEISSELER

Im Asylbereich gibt es Bewegung: Vor wenigen Tagen hat der Bund bekanntgegeben, dass er neun temporäre Bundesasylzentren per Ende Januar schliessen werde, weil die Asylzahlen rückläufig sind. Dies hat auch Folgen für den Kanton Zürich: Eine Mehrzweckhalle in Dübendorf mit 200 Plätzen und eine Zivilschutzanlage in der Stadt Zürich mit 95 Plätzen werden nicht mehr benötigt. Eigentlich, so würde man meinen, sind das gute Nachrichten, auch aus Zürcher Sicht. Doch der oberste Zürcher Asylverantwortliche, Regierungsrat Mario Fehr (parteilos), ist nicht erfreut über diese Pläne des Bundes.

Die Schliessung der Bundesasylzentren erfolge überhastet, sagte er am Dienstag vor den Medien: «Der Bund stiehlt sich aus der Verantwortung.» Nach wie vor seien auf Bundesebene über 12 000 Asylverfahren hängig. Zu diesen

offenen Asylgesuchen gesellten sich rund 5000 unerledigte Schutzstatus-S-Fälle für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Dabei sei das Schweizer Asylsystem insgesamt bloss auf 5000 pendente Fälle ausgelegt, sagte Fehr. Die klare Botschaft aus Zürich: Der Bund soll seine Kapazitäten nicht zurückfahren, sondern endlich seine Pendenzen abbauen.

Die Kapazitäten verdoppelt

Es ist eine Kritik, die Fehr immer wieder anbringt, zuletzt erst vor einigen Tagen in der NZZ. Alleine steht er damit nicht da, auch andere Kantone spüren den Druck. Aber als bevölkerungsreichster Kanton muss Zürich am meisten Flüchtlinge, Asyl- und Schutzsuchende aufnehmen – nicht ganz 34 000 waren es per Ende September 2024. Ein Jahr davor waren es gut 32 000 gewesen. Zu spüren bekommt dies nicht nur der Kanton, der seine eigenen UnterkunftsKapazitäten

auf 2200 Plätze verdoppelt hat. Es betrifft ebenso die Gemeinden.

Noch 2021 mussten die 160 Zürcher Gemeinden gemeinsam weniger als 6000 Asylsuchende aufnehmen. Zu ihnen haben sich in der Zwischenzeit aber über 12 000 Personen mit Schutzstatus S aus der Ukraine gesellt. Somit hat sich der Gesamtbestand verdreifacht. Der Kanton Zürich musste die Gemeinden innert kurzer Zeit dazu verpflichten, deutlich mehr Menschen aufzunehmen. Statt bei 5 Personen pro 1000 Einwohner wie noch vor dem Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine liegt die Aufnahmequote gegenwärtig bei 16 Personen pro 1000 Einwohner. Dies stellt Gemeinden vor grosse Herausforderungen, gerade auch, weil im Kanton Zürich der Wohnraum sowieso schon knapp und teuer ist. Zudem werden temporäre Asylunterkünfte, etwa Containerbauten, immer wieder ein Fall für die Gerichte.

Ein wenig Entspannung für die Gemeinden aber gibt es. Die Aufnahmequote werde derzeit nicht ganz ausgeschöpft, sagte Fehr. Sie liege bei rund 14 Personen pro 1000 Einwohner. Entsprechend sei eine abermalige Erhöhung der Quote weder in diesem Jahr noch bis Ende 2025 ein Thema. Sämtliche Gemeinden würden sich bemühen, die Menschen unterzubringen, sagte Fehr. «Dabei ist es nicht einfach für die Gemeindepräsidenten. Das Klima ist nicht freundlicher geworden.» Doch wer gegen grössere Asylunterkünfte in den Gemeinden opponiere, nehme einfach in Kauf, dass es auf dem Wohnungsmarkt noch enger werde, sagte der Sicherheitsdirektor. Kollektivunterkünfte seien die beste Lösung.

SVP fordert Rückführungen

Auch die Zürcher SVP wies am Dienstag auf die Situation in den Gemeinden hin. Sie seien an der Grenze des Möglichen angelangt, schrieb die Partei in einer Mitteilung. Wenn der Bund nicht endlich Verantwortung übernehme, würden die Kosten und die soziale Belastung für die Gemeinden weiter steigen. Es brauche noch konsequentere Rückführungen. Die FDP kritisiert die Schliessung der Bundesasylzentren. Dieser Schritt sei unverantwortlich und nicht nachvollziehbar, schreibt die Partei in einer Mitteilung. Weiter verlangt die Partei eine gesetzliche Obergrenze bei der Aufnahmequote der Gemeinden: Diese dürfe bei maximal 1 Prozent liegen, also bei 10 Personen pro 1000 Einwohner.

Genau dort, bei den Rückführungen, gibt es in einem wichtigen Punkt Bewegung. Abgewiesene Asylbewerber in der Nothilfe müssen die Schweiz wieder verlassen und entweder in ein Land im Dublin-Raum zurückkehren oder direkt in ihre Heimat reisen. Nicht in allen Fällen ist dies aber so einfach möglich. Mario Fehr hatte im Gespräch mit der NZZ vor zehn Tagen angetönt, dass es bei der grössten Gruppe unter den Nothilfe-Empfängern, den Türken, besonders hohe administrative Hürden zu bewältigen gebe. Die Zusammenarbeit mit den türkischen Behörden gestalte sich kompliziert. Das aber soll sich nun verbessern.

Fehr sagte, dass es mit dem türkischen Generalkonsulat nach dem Artikel in der NZZ eine Aussprache ge-

geben habe und dass dieses seine Anstrengungen verstärken werde. Auch der Bund wolle mehr Kräfte einsetzen, um den Pendenzberg bei den türkischen Dossiers abzubauen. Tätig werden sollte der Bund aus der Sicht Mario Fehrs noch bei einem anderen Punkt, bei der Liste der sicheren Herkunftsländer. Auf Asylgesuche von Angehörigen dieser Staaten tritt die Schweiz gar nicht erst ein. Auf der Liste stehen heute in erster Linie europäische Länder von Albanien bis Zypern, dazu Indien und die Mongolei in Asien und Senegal und Ghana in Afrika. Gerade die Maghreb-Staaten könnten auch auf die Liste genommen werden, findet Fehr.

Er fordert zudem erneut eine Lösung für den Schutzstatus S. Wer zu Beginn des Kriegs in der Ukraine in die Schweiz gekommen sei und hier arbeite, solle eine Aufenthaltsbewilligung erhalten. Dies solle auch für jene gelten, die aus entschuldigen Gründen nicht arbeiten könnten, etwa wegen der Betreuung von kleinen Kindern. Alle Übrigen sollten gehen, findet der Zürcher Sicherheitsdirektor. Auch in der Ukraine gebe es sichere Gebiete. Zudem müssten Missbräuche auch beim Status S konsequent bekämpft werden.

Asylbestand im Kanton Zürich

Zahlen per Ende September



QUELLE: SICHERHEITSDIREKTION KANTON ZÜRICH / NZZ / zzo